



**+++ Kulturbürgermeister: Findungskommission stellt Arbeit ein +++ Stadtentwicklungsplan: Ratsmehrheit blockiert Entwicklungschancen für Schönefeld +++ Freisitze: neue Gebührenordnung beschlossen +++ CDU gegen Umweltzonen-Aktionismus +++ SPD soll zur Sachpolitik zurückkehren**

**Kulturbürgermeister-Findungskommission stellt Arbeit ein**

Die Findungskommission für das Amt des Kulturbürgermeisters hat die Arbeit eingestellt. Dazu erklärt der Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Alexander Achminow: „Oberbürgermeister Jung und der Vertreter der SPD haben eindeutig erklärt, dass kein Bewerber eine Chance hat, der nicht von der Linkspartei vorgeschlagen wird. Obwohl anerkannt qualifizierte Kandidaten von der CDU sich beworben haben, habe ich daher darauf verzichtet, eigene Vorschläge für die geplanten Auswahlgespräche zu unterbreiten. Die CDU-Fraktion ist nicht bereit, honorare Bewerber in ein sinnloses und abgekartetes Verfahren zu entsenden. Die Bewerber, die die Linksfraktion vorschlägt, genügen aus unserer Sicht fachlich nicht den hohen Anforderungen, die das Kulturbürgermeisteramt der Kulturstadt Leipzig stellt.



Alexander Achminow

Im Ergebnis stellte die Kommission fest, dass angesichts der Vorabsprachen zwischen SPD und Linkspartei kein einvernehmlicher Vorschlag möglich sein wird. Die Kommission hat daher ihre Arbeit heute eingestellt. Damit sind die Fraktionen aufgefordert, sich ihrerseits ein Bild von den Bewerbern zu machen und gegebenenfalls neue Vorschläge zu unterbreiten. Die CDU-Fraktion ist dazu bereit und

wird nichts unversucht lassen, einen einzig nach Qualifikation und Eignung ausgewählten Kulturbürgermeister für Leipzig ins Amt zu bringen. Wir appellieren an SPD und Linkspartei, sich endlich an einem fairen und sachorientierten Verfahren zu beteiligen und nicht länger allein parteitaktische Interessen in den Vordergrund zu stellen. Die SPD torpediert mit ihrer Unterwerfung unter die Linkspartei und ihrer Zusage, nur einen Vorschlag der SED-Nachfolgepartei zu unterstützen, gerade in diesem Jahr auch das gemeinsame Andenken an die friedliche Revolution.“

\*\*\*\*\*

**Stadtentwicklungsplan: Ratsmehrheit blockiert Entwicklungschancen für Schönefeld**  
 von Stadtrat Ansbert Maciejewski

Ein Antrag der CDU-Stadträte Bonew und Maciejewski zum Stadtentwicklungsplan Zentren wurde im Stadtrat abgelehnt. Die beiden Stadträte aus dem Leipziger Nordosten hatten sich eine Anregung des Stadtbezirksbeirates Nordost zu Eigen gemacht und im Stadtrat eingebracht.

Der bisher gültige STEP Zentren hat im Bereich Schönefeld weder zu der gewünschten Zentrenbildung geführt, noch konnten unerwünschte Entwicklungen vermieden werden. Ich erinnere an die Discounteransiedlungen außerhalb der geplanten D-Zentren - z.B. Waldbaurstr. und Bautzner Str.

Gelernt hat man daraus augenscheinlich nichts. Eine Entwicklung auf den von der Verwaltung geplanten Baupotenzialflächen im nördlichen Bereich der Gorkistraße ist wegen der heterogenen Eigentümerstruktur der Grundstücke auch künftig wenig wahrscheinlich. Eine solche Entwicklung wäre dort auch nicht wünschenswert, ist doch die Verkehrsanbindung in diesem Bereich aufgrund der Einbahnstraßenführung der Gorkistraße äußerst mangelhaft.

Die Bürger vor Ort wissen das auch und haben mehr und mehr das Gefühl, dass Sie planmäßig



veralbert werden sollen. Und – ganz ehrlich – ich kann das auch nicht wirklich dementieren.

Manchmal fragt man sich, wer die Stellungnahmen der Verwaltung eigentlich aufschreibt. Sicher niemand, der auch nur in der Nähe wohnt und den Stadtteil kennt. Vermutlich haben die zuständigen Planer ihren Lebensmittelpunkt im schönen Plagwitz oder in Gohlis. Die Lustlosigkeit und Oberflächlichkeit mancher Vorschläge lässt dies zumindest vermuten. Ich jedenfalls glaube, dass die Leute vor Ort besser wissen, was für ihren Stadtteil gut ist, als manche Planer in Etage 4 des Neuen Rathauses.



Ansbert Maciejewski

Für die Entwicklung des Stadtteils wäre ein neues D-Zentrum an der Osietzkystraße wünschenswert gewesen. Dafür machte sich vor allem die örtliche Händlergemeinschaft stark.

Die bisherigen Planungen der Stadtverwaltung für Schönefeld haben sich letztlich alle als Wolkenkuckucksheim entpuppt. Umgesetzt wurden in den letzten Jahren lediglich die vorgesehenen Abrissmaßnahmen.

In einem Brief an die Stadtratsfraktionen schreibt der Bürgerverein Schönefeld: „Das Bild eines Stadtteils ist nie statisch, es entwickelt sich ständig. Ein weniger attraktiver Bezirk verwarhlost zunehmend und verkommt sehr bald zum Ghetto.“ Und weiter: „So in Leipzig-Schönefeld - noch ist dieser Stadtteil nicht verloren. Aber auf dem Wege dahin. Es gibt konkrete Chancen, dies zu verhindern. Jetzt ist die beste Zeit.“

Die Chance wurde verpasst. Eine Mehrheit der Stadträte vertraut weiterhin den Versprechungen der Stadtverwaltung mehr als dem Sachverstand vor Ort.

+++++

**Freisitze: neue Gebührenordnung beschlossen**

Der Stadtrat hat auf seiner März-Sitzung eine neue Gebührenordnung für Freisitze beschlossen. Rathaus-Info dokumentiert Auszüge aus dem Redebeitrag des CDU-Stadtrates Holger Gasse:

„Ich begrüße es ausdrücklich, dass die neue Sondernutzungssatzung eine deutliche Absenkung der Gebühren vorsieht.

Es ist nicht so, dass das Freiluftgeschäft einen deutlichen Umsatzzuwachs bedeutet, da die Gasträume im Sommer meist leer sind und sich der Umsatz nur nach draußen verlagert.

Für viele Gastronomen trägt der Freisitz nur zur Existenzsicherung über die warmen Monate bei. Da sind 500 Euro bei einer angenommenen Freisitzgröße von gerade mal 100 m<sup>2</sup> schon fast eine 2. Miete.

Noch nicht erfasst ist die Anzahl von Gastronomen welche sich auch auf Grund der Gebühren vor einer Freisitzbeantragung scheuen.

Einen Freisitz auf der viel befahrenen Eisenbahnstraße vorteilhafter zu bewerten als den Freisitz in einer idyllischen Nebenstraße ist abenteuerlich und wirklich von Fall zu Fall verschieden.

Aus diesem Grund halte ich es für ratsam, auf den Sachverstand von der DEHOGA, der Interessenvertretung aller Gastronomen, wir reden hier von ca. 650 Betrieben mit ca. 5000 Beschäftigten, zu bauen und werde meiner Fraktion empfehlen der Variante 2 und somit dem Änderungsantrag der Grünen zu folgen.“

Nicht nur die CDU-Fraktion, sondern fast der komplette Stadtrat folgte letztlich der Empfehlung von Holger Gasse. Die Sondernutzungsgebühr für Freisitze wird demnach künftig nach drei Zonen erhoben – für das Stadtzentrum, vom Promenadenring bis zum mittleren Ring sowie vom mittleren Ring bis zur Stadtgrenze.

+++++



Holger Gasse



### CDU gegen Umweltzonen-Aktionismus

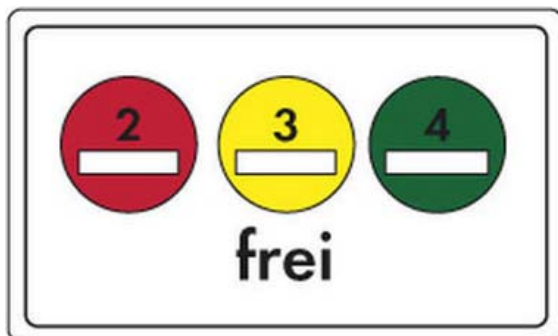
In verschiedenen deutschen Städten gibt es Umweltzonen, in die zur Verbesserung der Luftqualität (Feinstaub) Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoß nicht mehr einfahren dürfen. Die Bündnisgrünen fordern nunmehr auch für Leipzig eine solche Umweltzone.

Dazu CDU-Stadträtin Dr. Sabine Heymann: „Derartige Verkehrseinschränkungen erfordern eine breite öffentliche Akzeptanz. Notwendig ist daher eine ernsthafte und ergebnisoffene Öffentlichkeitsbeteiligung, ähnlich dem Konzept Autoarme Innenstadt. Wichtig sind dabei die Ausnahmeregelungen: Alle Betroffenen müssen die Gewissheit haben, dass sie nicht in wirtschaftliche Existenznöte durch ein Fahrverbot für ihr altes Auto geraten.“



Dr. Sabine Heymann

Fakt ist: Deutschlandweit hat sich die Feinstaubbelastung in den letzten beiden Jahren deutlich vermindert. Die Wetterbedingungen spielen dabei eine wichtige Rolle, vermutlich auch der zunehmende Umstieg auf verbrauchsarme Autos nach dem letzten Benzinpreisschock. Ob auch die bereits eingerichteten Umweltzonen zu dieser Verminderung beigetragen haben, lässt sich derzeit nicht seriös beweisen.



Daher das Resümee von Stadträtin Dr. Heymann: „Mit der CDU kann es eine Umweltzone nur geben, wenn ihre Wirksamkeit eindeutig bewiesen ist, sie auf öffentliche Akzeptanz stößt und soziale bzw. wirtschaftliche Härten für Einwohner und Unternehmen strikt vermieden werden.“

+++++

### SPD soll zu Sachpolitik zurückkehren

Der Leipziger SPD-Vorsitzende Gernot Borris hat in einer Erklärung die Leipziger Christdemokraten als „Chaostruppe“ bezeichnet und der CDU-Fraktion Unberechenbarkeit vorgeworfen. Dazu erklärt Fraktionsgeschäftsführer Ansbert Maciejewski:

„Statt die Öffentlichkeit mit seinen abstrusen Theorien über den inneren Zustand der Leipziger CDU zu belästigen, sollte sich der Leipziger SPD-Vorsitzende mit der Glaubwürdigkeit der sozialdemokratischen Kommunalpolitik auseinandersetzen.“

Während die SPD einerseits auf allen Ebenen fordert, die Betreuung in den Kindergärten müsse kostenlos sein, verhindert sie andererseits gemeinsam mit der Linkspartei im Stadtrat die Einführung eines zweiten kostenlosen Kitajahres in Leipzig.

Seit mehreren Monaten sucht sich die SPD-Fraktion die Mehrheiten für ihre destruktiven Politikansätze bei der Partei des Herrn Külow. Die Verhinderung des Grundschulneubaus in Böhlitz-Ehrenberg und die Abstimmung zur Brühlbebauung sind weitere Beispiele hierfür.

Als Dankeschön für die Vasallentreue soll die Külow-Partei den Posten des Kulturbürgermeisters erhalten – mit Hilfe der SPD und ausgerechnet in der Stadt der friedlichen Revolution!

Wenn sich Herr Borris wirklich um „Wohlanständigkeit und Berechenbarkeit“ sorgt, möge er für den Stadtrat kandidieren und dieses Thema zunächst in seiner eigenen Fraktion diskutieren.“